

▶ Landrat Riethig: „Wir befinden uns im Krieg.“

In einer einzigen Ausgabe brachte – wahrscheinlich ohne tiefere Absicht – das „Göttinger Tageblatt“ (GT) die politische Lage, in der wir uns befinden, auf den Punkt:

- Der Göttinger Lokalteil verkündete am Montag, den 5. September als Aufmacher: „Energiekrise: Badeparadies Eiswiese soll teilweise geschlossen werden.“
- Der Teil „Region“ begrüßte seine Leserinnen und Leser als erstes mit dem Hinweis: „Die Öffis fahren immer – immer weniger“.
- Auf Seite 1 erfuhr jeder, der es nicht schon wusste: „Russland liefert kein Gas mehr.“

Wie aus Sicht der herrschenden Kräfte alles zusammenhängt erläuterte in einem ganzseitigen Interview Landrat Marcel Riethig (SPD), der angesprochen auf die massiven Energieeinsparpläne auf kommunaler Ebene mit vier Sätzen antwortete, die ein vollständiges Zitat verdienen: „Es ist bei Teilen der Bevölkerung meiner Meinung nach noch nicht angekommen, dass die Energiepreisentwicklung Teil eines Krieges ist, der zwar nicht auf deutschem Boden stattfindet, den wir aber sehr deutlich zu spüren bekommen werden. Das betrifft auch die Preisentwicklung allgemein, die Lieferketten, die Inflation. Wir befinden uns im Krieg. Und das bedeutet auch: Wir müssen bescheidener werden in unseren Ansprüchen und Erwartungen.“

Der „Krieg“, von dem Herr Riethig hier spricht, richtet sich bekanntlich gegen

Russland, von dem die deutsche Außenministerin erwartet, daß es aufgrund der Wirtschaftskriegsmaßnahmen, die die in der NATO zusammengeschlossenen Staaten unter Führung der USA und der EU beschlossen haben, „in den Ruin“ getrieben werde. Festzustellen ist zunächst einmal: Dieses Land hat Deutschland den Krieg nicht erklärt. Dieses Land hat auch keinem Bündnispartner Deutschlands den Krieg erklärt. Aber Deutschland hat Russland den Krieg erklärt – sonst befänden wir uns ja nicht drin im Krieg. Die Kriegserklärung Deutschlands gegen Russland materialisiert sich noch nicht darin, dass 40jährige Männer wie Riethig sich den Stahlhelm überstülpen und an die Front gehen, um den Donbass oder die Krim russenfrei zu machen. Er materialisiert sich vorerst „nur“ in der Lieferung von Flugabwehrpanzern, Haubit-

im Internet

https://www.goettinger-linke.de/goeblae_2022.php

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

„Wir befinden uns im Krieg“	1
VVN-BdA	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Kreisverband	7
DIE LINKE. im Kreistag	8
Rotes Zentrum e.V.	9
Göttinger Linke	10
Göttinger Linke Ratsinfo	11
„Wir befinden uns im Krieg“	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 11.2022
ist der 20. Okt.
Auslieferung ab dem 27. Okt.

zen und anderen schweren Waffen, die aus deutschen Fabriken geliefert - zum ersten Male seit 1945 - wieder Russen töten. Bisher verzichten die Russen bekanntlich darauf, Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Insofern hat Riethig recht: Dieser Krieg findet (noch) nicht auf deutschem Boden, sondern auf dem Boden der ehemaligen Sowjetunion statt, das Deutschland bekanntlich schon ab 1941 vier Jahre lang energisch versuchte, „in den Ruin“ zu treiben.

Der Krieg, für deren Begreifen der oberste Kommunalpolitiker unserer Region hier wirbt, beginnt aber, wie die Beispiele Nahverkehr und Badeparadies plastisch zeigen, bereits jetzt, seine innere Logik zu entfalten. Das, was wir hier sehen, ist erst der Beginn und wenn es der versammelten Linken nicht gelingt, dagegen einen breiten und kämpferischen Widerstand aufzubauen, wird es nicht bei ausgedünnten öffentlichen Nahverkehr,



Badeparadies Eiswiese, „liebgewordener Luxus“, soll schließen, wenn die Energie (sprich: Das Gas) nicht mehr für die ganze Stadt reichen sollte.



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

<https://niedersachsen.vvn-bda.de> • <https://antifa.vvn-bda.de>

Gräber sowjetischer Zwangsarbeiter*innen auf dem Hauptfriedhof Göttingen:

► VVN-BdA Göttingen im Gespräch mit dem Kulturamt der Stadt

Knapp 200 sowjetische Zwangsarbeiter*innen sind auf dem Göttinger Friedhof beigesetzt. Trotz des unbefristeten Ruherechts von Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wurde 1971 vom damaligen Stadtbaurat eine Umbettung von 161 vereinzelt liegenden Gräbern in eine Gräbersammelanlage beim Regierungspräsidenten beantragt. Als Grund wurde eine geschlossene Kriegsgräberanlage bei gleichzeitig zu schaffender Belegungsmöglichkeit für neue Gräber angegeben. Im Jahr 1977 war die Umbettung abgeschlossen, allerdings ohne einen Hinweis auf Namen, Sterbedaten und Umbettung der beerdigten Zwangsarbeiter*innen.

Bei einer Veranstaltung im Juni 21 auf dem Göttinger Friedhof - zum 80. Jahrestag des Überfalls Nazi- Deutschlands auf die Sowjetunion - ist deutlich geworden, dass Gräber von sowjetischen Zwangsarbeiter*innen, jetzt nicht mehr vorhanden sind: Unser Referent, der Lokalhistoriker Günther Siedbürger, hatte sich zuvor sehr intensiv mit der Geschichte der sowjetischen Zwangsarbeiter/innen in Südniedersachsen beschäftigt.

Danach haben wir Kontakt mit der Stadtverwaltung bzw. dem Stadtarchiv Göttingen aufgenommen.

Weitere Recherchen beim ITS Bad Arolsen und die Kontaktaufnahme mit dem Stadtarchiv Ende 2021 ergaben,

dass die Bestattungsbücher des Stadtfriedhofs aus der Zeit des Nationalsozialismus seit 2021 für die wissenschaftliche Nutzung zur Verfügung stehen. In akribischer und vorbildlicher Arbeit hat die Archivarin des Stadtarchivs diese Daten aufgearbeitet.

Im Juli 2022 fand ein Gespräch zur Vorstellung der Forschungsergebnisse im Stadtarchiv Göttingen statt. Teilnehmer waren die Archivarin, die Kulturamtsleiterin, der Anbieter sehr gut recherchierter Friedhofsführungen, ein Experte zum Thema Zwangsarbeit in Südniedersachsen und wir von der VVN-BdA.

Bei der Umbettungsaktion bis 1977 sind trotz der Gräbersammelanlage 161 individuelle, dem Begräbnisort nachvollziehbar zuzuordnende Ruhestätten entstanden. Aus nicht bekannten Gründen wurden 37 Gräber namentlich bekannter Zwangsarbeiter*innen eingeebnet.

Die Kulturamtsleiterin wollte Anfang September der Kulturausschusssitzung Folgendes vorschlagen:

- Aufstellung eines Gedenksteines aus Sandstein
- QR-Code am Gedenkstein mit Verbindung zur Homepage (ausführliche Informationen zu allen Verstorbenen)
- Einweihung mit offizieller Veranstaltung (Termin offen)

Von unserer Seite besteht der Wunsch, zusätzlich zum QR-Code eine Informati-

Termine:

26. Oktober 22, 16.30 Uhr

Sprecher*innen VVN-BdA Göttingen trifft sich

Der Kreis der Sprecher*innen der VVN-BdA Göttingen trifft sich regelmäßig und Gäste sind herzlich willkommen. Das nächste Treffen wird wieder im Cafe INTI, Göttingen, Wilhelmsplatz stattfinden. Wir besprechen bei den Treffen unsere Vorhaben und alles, was noch politisch in Göttingen so ansteht.

Fr., 7. Oktober um 19.00 Uhr

Vorstellung des Buches: „(...) die Hölle, Ungeziefer, Dieberei, Schlägereien – Das Durchgangslager für alliierte Kriegsgefangene in Duderstadt 1945 – Dokumentation über die Märsche aus Polen und das Lager Duderstadt“

Saal der Roten Hilfe, Lange Geismar Str. 3,

18.9. bis zum 13.11. 2022:

Wanderausstellung „Die Opfer des NSU und die Aufarbeitung der Verbrechen“

Der „Nationalsozialistische Untergrund“ (NSU) ermordete zwischen 2000 und 2007 neun Menschen aus rassistischen Motiven, tötete eine Polizistin, verübte 43 Mordversuche, drei Sprengstoffanschläge und 15 Raubüberfälle.

Die von Birgit Mair (Institut für sozialwissenschaftliche Forschung, Bildung und Beratung e. V., Nürnberg) konzipierte Ausstellung beleuchtet die Verbrechen des Netzwerkes des NSU, die Ursachen für die jahrelang fehlgeleiteten polizeilichen Ermittlungen und den gesellschaftlichen Umgang mit den Morden und Anschlägen.

Ort: In den Räumlichkeiten der Ausstellung „Auf der Spur europäischer Zwangsarbeit. Südniedersachsen 1939-1945“ (Godehardstraße 11, Göttingen - mit separatem Eingang im Gebäude der Berufsbildenden Schulen II - BBS II)



Rechts neben diesen Kriegsgräbern, wovon die meisten auf Soldaten verweisen, sind die „registrierten“ 161 Zwangsarbeiter*innen bestattet

onstafel aufzustellen, die die Historie der Opfer und ihrer Grabstellen darstellt. Die Möglichkeit der Zuordnung eines Grabes zu dem jeweils bestatteten Menschen, bietet die Gelegenheit individueller Kennzeichnung. Über beide Anliegen, deren Umsetzung und Kosten besteht noch kein Konsens mit der sehr kooperativen Stadtverwaltung. Hier ist es an uns, praktikable Vorschläge zu unterbreiten. Erste wichtige Schritte sind getan. (td)

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de • www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung:

11. Oktober, 19.00 Uhr, Kleiner Ratskeller, Judenstraße



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Besuch aus Cuba:

▶ Dilberto Manuel González Garcia von der UJC besuchte Göttingen

Dilberto ist Mitglied der nationalen Leitung des kubanischen Jugendverbandes UJC. Er kommt aus der Provinz Granma und ist dort erster Sekretär der UJC.



Das Kürzel „UJC“ steht für „Unión de Jóvenes Comunistas“, also: kommunistischer Jugendverband Kubas. Dilberto befand sich eine gute Woche in der Bundesrepublik, besuchte die Städte Berlin, Braunschweig, Frankfurt, Magdeburg, Leipzig und eben auch Göttingen. Darüber hinaus nahm er am Pressefest der UZ am letzten Augustwochenende in Berlin teil und stand auch dort den Teilnehmer*innen der Diskussionsrunden mehrfach Rede und Antwort: Ein stolzes Programm in neun Tagen!

Dilberto berichtete den Teilnehmer*innen im Saal der Selbsthilfe Körperbehinderter über die schwierigen Zeiten, die z.Zt. in Cuba herrschen und welche Rolle die Jugend in dieser Zeit spielt.

Besonders hob er die Leistung der Brigaden der meist jugendlichen Helfer*innen in der Pandemie hervor: Unzählige Gruppen besuchten die Einwohner*innen in allen Städten und Dörfern, um sie über Corona zu informieren, Schutzmaßnahmen zu erläutern und schließlich sie auch mit dem in Cuba entwickelten Serum zu

impfen. Der Erfolg gab dieser Maßnahme Recht: Heute sind über 95 % der Bevölkerung – incl. Kinder ab zwei Jahren – geimpft und die Ansteckungsrate ist eine der Niedrigsten auf der Welt.

Eine sich anschließende Frage- und Diskussionsrunde beschäftigte sich mit der ganzen Bandbreite interessierender Fragen. Die Mehrzahl der Besucher*innen war schon einmal auf Cuba bzw. kannte sich recht gut aus, so dass eine qualifizierte Diskussion geführt wurde.

(gs)

▶ Die Hetze auf die Solidarität ist Ausdruck von Feigheit und Ohnmacht

Die Kriminalisierung der Solidarität mit Kuba ist immer schon eines der Ziele der Außenpolitik der Vereinigten Staaten gewesen, um diejenigen, die sie praktizieren, einzuschüchtern, ihr Image zu verunglimpfen und die Zunahme der Unterstützer der kubanischen Revolution zu stoppen. Autor: Nuria Barbosa León | internet@granma.com

Die Kriminalisierung der Solidarität mit Kuba ist immer schon eines der Ziele der Außenpolitik der Vereinigten Staaten gewesen, um diejenigen, die sie praktizieren, einzuschüchtern, ihr Image zu verunglimpfen und die Zunahme der Unterstützer der kubanischen Revolution zu stoppen.

Gloria La Riva, Koordinatorin des Solidaritätskomitees mit Kuba und Venezuela in den Vereinigten Staaten, erklärte kürzlich in Havanna, wie eine Gruppe junger US-Amerikaner, die an den Feierlichkeiten zum 26. Juli in Cienfuegos teilgenommen hatten, nach ihrer Rückkehr in die Staaten mehrere Stunden von der Ausländerbehörde am Flughafen festgehalten wurden. Dort stellte man ihnen absurde Fragen und hielt ihre Handys fest.

Sie ist der Ansicht, dass diese Art von Aktion zur Verfolgungspolitik der derzeitigen Präsidentschaft der Vereinigten Staaten passe, die darauf abziele, der kubanisch-amerikanischen Mafia zu gefallen, (...) die ständig Druck auf Präsident Joe Biden ausübten.

Eine ähnliche Beschwerde wurde von Gail Walker, Geschäftsführerin der „Interreligious Foundation for Community Organization“ (IFCO), der die Pastoren-für-den-Frieden-Karawane angehört, vorgebracht und versichert, dass ihre Büros häufig Botschaften mit Drohungen und Hassreden erhielten, die Angst verbreiten sollen.

In anderen Jahren hätten sie auch versucht, Spenden nach Kuba zu verhindern, indem sie entweder Migrationsgenehmigungen nicht erteilt oder beim Überqueren der mexikanischen Grenze irgendein Objekt zurückgehalten hätten – samt und sonders Beweise für Ausübung einer aggressiven Politik gegen die Kuba-Solidarität.

Der Leiter des humanitären Projekts „Puentes de Amor“, Carlos Lazo, schrieb (...) auf seinem Twitter-Account: „Vorsicht! Die Marco-Rubio-Sache (Marco Rubio ist Senator in den USA) ist eine neue Wahl-Hexenjagd“, unter Bezugnahme auf einen Brief des Senators aus Florida an

das FBI, in dem er forderte, eine sofortige Untersuchung über die wohlbekannten Verbindungen der Gruppe („Brücken der Liebe“) mit der kubanischen Regierung einzuleiten.

Diese Art von Belästigung erlitten auch Mitglieder der 31. Auflage der Juan-Rius-Rivera-Solidaritätsbrigade aus Puerto Rico, die Anrufe und Besuche von FBI-Agenten erhielten, um die Brigademitglieder für ihre Entscheidung, im vergangenen Juli nach Kuba zu reisen, einzuschüchtern.

Die Verschärfung der restriktiven Maßnahmen gegen die Insel, die Bestrafung von Mitgliedern sympathisierender Organisationen, die Behauptung des Kriteriums, dass die Solidarität mit Kuba illegal sei (...) und die Behinderung des normalen Austauschs zwischen den Menschen sind einige der unglückseligen Ergebnisse einer Politik, (...) demonstriert nur die Feigheit und Ohnmacht der Regierung des Nordens.



Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen

Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen,
<https://goettingen.dkp.de> ★ goettingen@dkp.de



► Förderschulen erhalten oder eine Schule für Alle?

Sich die FDP vom Hals zu halten, ist für Menschen mit einem Jahreseinkommen von unter 60.000 Euro normalerweise kein Problem. Manch eine Förderschullehrerin wird sich daher verduzt die Augen gerieben haben, angesichts der neuentdeckten Liebe der FDP zu ihrer Schulform.

Ein „Herzsanliegen“ gar ist der Erhalt der Förderschule Lernen den Liberalen nach eigenem Bekunden, sogar ein Volksbegehren hat sie dafür initiiert. Dabei ließe sich nun wirklich nicht behaupten, dass Eltern, Schüler oder Personal der Förderschule Lernen zum klassischen FDP-Klientel zu zählen wären. Und das sollte eigentlich schon reichen, um ein wenig misstrauisch zu sein.

Die Vorgeschichte zur liberalen Charme-Offensive geht so: 2013 beschloss die damals rot-grüne Landesregierung Niedersachsens, die Förderschulen Lernen auslaufen zu lassen. 2017/18 sollten zum letzten Mal neue Fünftklässler eingeschult werden.

Nach der Landtagswahl 2017 stellte es die Große Koalition den Schulträgern, also den Kommunen und Landkreisen, frei, die Förderschulen Lernen für weitere fünf Jahre zu erhalten. Diese Frist ist mit Beginn des aktuellen Schuljahres ausgelaufen. Sollte die momentane Regelung bestehen bleiben, werden die verbliebenen Förderschulen mit Ablauf des Schuljahres 2027/28 ihre Tore schließen.

In unserer Region beträfe das die Martin-Luther-King-Schule in Göttingen sowie die Erich-Kästner-Schule in Northeim.

Und jetzt, pünktlich zur Landtagswahl, zeigt sich also die FDP besorgt um die Wahlfreiheit der Eltern und die individuelle Förderung der Kinder. Die CDU schließt sich der Forderung nach Erhalt der Förderschulen Lernen an, erklärt sie gar zu einer „wesentlichen Säule unserer Schullandschaft“ und arrangiert Treffen ihrer Mandatsträger mit Verantwortlichen aus den Schulen.

Gern wird beim Argumentieren für den Erhalt der Schulen auf deren Rolle als, wie es die CDU formuliert, „behüteten Rückzugsort“ verwiesen. Vielen leuchtet das direkt ein, gerade auch denen, die Regel- und Förderschulen aus eigenem Erleben kennen.

Zu selten wird hinterfragt, warum es einen solchen Rückzugsraum eigentlich geben muss, bzw. warum es ihn nicht im Rahmen der Regelschule geben kann. Es stimmt ja, die personelle Versorgung der Regelschulen mit Förderlehrern ist pre-



kär, die Klassen dort um einiges größer als an den Förderschulen und die Lernatmosphäre infolge beider Umstände eine deutlich andere.

Der Knackpunkt ist die Ausstattung der Regelschulen mit den personellen und finanziellen Ressourcen, die sie in die Lage versetzen würden, ihrer neuen Rolle als Inklusionsschulen gerecht zu werden. Inklusion als Einsparmaßnahme kann kein Erfolgsprojekt sein.

Mitgliederversammlungen im Oktober

04. Oktober:

Wachstum-BIP-Wohlstand

Was hat dies miteinander zu tun? Geht Wohlstand ohne Wachstum?

18. Oktober:

Auswertung der Landtagswahl:

Was folgt auf das Ergebnis der Wahlen?

Alle MV'en finden um 20.00 Uhr im Roten Zentrum, Lange Geismarstr. 2 statt.

Der Umbau des Schulsystems in Richtung Inklusion wird aber immer ein Kampf der „unteren“ Ebenen um knappe Ressourcen bleiben, solange das Gymnasium seine herausgehobene Stellung in der Schullandschaft behält. Diese Stellung hat es auf Kosten der anderen Schulformen und ist gleichzeitig darauf angewiesen, die schwierigeren pädagogischen Aufgaben auf diese abzuwälzen.

Denn die Regelschulen, in denen die Beschulung der Schüler mit Förderbedarf Lernen stattfindet, sind keine Gymnasien, sondern Haupt-, Ober- und Gesamtschulen, denen es selbst an Geld und Personal mangelt. Gerade aber an der Stellung der Gymnasien wollen FDP und CDU natürlich nicht rütteln, im Gegenteil: Ihre „Liebe“ zur Förderschule entspringt ihrer Liebe zum gegliederten Schulsystem und der von ihm verbürgten sozialen Auslese. „Individuelle Förderung“ im Sinne der FDP heißt nunmal für viele Schülerinnen: Bis hierher und nicht weiter. Die –

bislang noch – ungeliebte Schwester von CDU und FDP, die AfD, spricht in ihren Forderungen zur Landtagswahl dann auch offen aus, worum es geht: Schluss mit dem „Irrweg“ Inklusion, Wiedereinführung des dreigliedrigen Schulsystems, mit dem Gymnasium an der Spitze und Erhalt der Förderschule Lernen als Reservat, in das dann all diejenigen abgeschoben werden können, die aus diesem Raster herausfallen.

(sl)

GROBIAN GRONER BÜRGERINITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: Montags, 19.00 Uhr



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Mieter*innenversammlung in Grone:

▶ Und ewig grüßt das Murmeltier – der Mieter*innenterror in Grone geht weiter

Der Verein „In Grone“ hatte - zusammen mit der Mieter*inneninitiative – die Mieter*innen der Deisterstraße, Elmweg 13 u. 15, dem Süntelweg 8 - 24 sowie dem Rodeweg 25 - 29 am 13. September in das Nachbarschaftszentrum eingeladen. Bei dem Treffen, zu dem über 15 Mieter*innen gekommen waren, wurde es überdeutlich: Alle Versprechungen, die die LEG in Gesprächen mit Unterstützer*innen der Mieterschaft gemacht hatten, sind nicht eingehalten worden.

Weder gab es die geforderten umfassenden Informationsschreiben an alle Mieter*innen, noch wurden die Bauschäden einheitlich erfasst, beseitigt und entschädigt. Der Umgang der LEG mit den einzelnen Mietparteien gleicht einem willkürlichen Flickenteppich. Es gibt keinerlei Transparenz.

Da werden den Mieter*innen mal hier, und mal da willkürliche Beträge bar im Briefumschlag überreicht. Oder der Schadensersatz wird erst dem Mietkonto gutgeschrieben und dann bei Auszahlung halbiert. Dabei kommen nur die in den Genuss von Entschädigungen, die diese massiv, am besten mit rechtlicher Unterstützung einfordern.

Das Hauptproblem ist, überhaupt Kontakt zu der LEG zu bekommen. Das hat sich seit dem Wechsel von der Adler AG sogar noch verschlechtert. Vorher konnte man z.B. die Hausmeister direkt per Handy erreichen. Dies ist nun nicht mehr möglich. Bei allen Anliegen muss eine auswärtige Nummer gewählt werden, auf einen Rückruf kann man lange warten. Emails und Briefe bleiben unbeantwortet, sogar auf Post der rechtlichen Vertretung wird nicht reagiert.

Auch die wöchentliche Sprechzeit im Mieterbüro ist oft nicht oder nur ungenügend besetzt.

Wer jedoch die Miete mindert, bekommt sehr schnell Antwort. Dies berichtete ein Mieter aus dem Bereich Elmweg / Deisterstraße. Dort wurden die Bauarbeiten zwar schon im letzten Jahr abgeschlossen, aber die Wohnqualität hat aufgrund diverser Mängel abgenommen. Weil er deshalb weniger Miete zahlen

will, bekam der Mieter eine fristlose Kündigung. Zum Glück wird er rechtlich unterstützt. Ein Tipp: Dies ist unbedingt erforderlich, bevor Miete einbehalten wird!

Etwas Positives: Eine Mieterin betonte, die Aktivitäten und Informationen der Mieterinitiative hätten ihr Mut gemacht, sich auch zu wehren.

Diesen Mut werden die Betroffenen weiter brauchen. Die Baustellen im Süntel- und Rodeweg sind weiterhin eine Zumutung. Ständig offene Eingangstüren, halbsprecherische Zugänge, Wintergärten, die nicht gelüftet werden können, etc. etc.

Demnächst werden die Nebenkostenabrechnungen für 2021 kommen: Während der Strangsanierung liefen in den leeren Wohnungen die Heizungen auf Hochbetrieb. Der Rat von Cornelius Blessin vom Mieterverein Göttingen, der dankenswerterweise an der Versammlung teilnahm und auf verschiedene Fragen kompetent antworten konnte: Diese Kosten sind aus der Abrechnung herauszurechnen!

Die Frage des weiteren Vorgehens der Mieterinitiative wurde nicht abschließend beantwortet. Ganz sicher aber wird es weitere Treffen der Mieterschaft geben, denn der persönliche Austausch ist immer wieder sinnvoll – auch wenn Bitterkeit, Frust und Galgenhumor aufkommt, wie im passenden Schlusswort einer Mieterin: „**Wenn der (sogenannte) Mieterkoordinator uns „Guten Morgen“ sagt, hat er schon zweimal gelogen**“

Es steht aber allen Mieter*innen weiterhin das Mieter*innentelefon zur Verfügung: 0178-5884649



Winterkino Grone im Oktober!

Motto:

„Filmstadt Göttingen“

Winterkino Grone

am Freitag 14.10., 18.30 Uhr!

Ort: Jona-Gemeinde,

Deisterstraße

(Direkt an der Bushaltestelle)

Liebe Freund*innen des Winterkinos in Grone: Am **14. Oktober** findet der erste Abend des Winterkino 2022/23 statt:

Filmtitel:

**Kein Auskommen
mit dem Einkommen!**

Die Filmkomödie entstand 1957 unter der Regie von Herbert B. Fredersdorf in den Ateliers Göttingen und der Umgebung.

Die Uraufführung des Schwarzweißfilms fand am 29. Oktober 1957 im Capitol in Göttingen statt. Bundesweiter Kinostart war am 31. Oktober 1957 „**Sympathisches Alltags-Lustspiel von gemütvoll-argloser Heiterkeit.**“

Wer über kurzfristige Änderungen informiert werden möchte, kann seine Email-Adresse hinterlassen. Entweder direkt an „**Winterkino-Grone@web.de**“ schreiben oder sich in die ausliegende Liste bei den Veranstaltungen eintragen. Wer keine Email hat, kann auch seine Telefonnummer hinterlassen oder sich unter der Telefonnummer 0551-96550 melden.

Dann können wir bei kurzfristigen Änderungen, Absagen etc. schnell informieren.



Kreismitgliederversammlung

am **Mittwoch, den 12.10.2022 um 18:30 Uhr**. Der Ort wird über den Newsletter bekannt gegeben.

Tagesordnung:

1. Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
2. Wahl der Versammlungsleitung, der Mandatsprüfungskommission und einer Wahl- und Zählkommission
3. Beschluss der Tagesordnung
4. Erste Kurzauswertung der Landtagswahlen
5. Nachwahl eines Platzes auf der gemischten Liste für den Kreissprecher:innenrat
6. Diskussion und Abstimmung über Vertragsverlängerung mit dem Roten Zentrum
7. Votum für den Sprecher:innenkreis der Göttinger Linken
8. Sonstiges

Kundgebung mit Janine Wissler

Am **Freitag, den 30.09.**, am Gänselisel

Infostand

Am **Samstag, den 01.10. von 10:00 bis 15:00 Uhr** in der Innenstadt am Gänselisel

Kundgebung gegen Preissteigerungen

Jeden **Montag um 18:00 Uhr** am Gänseliesel.

Flyern

Am **Mittwoch, den 05.10.** in Grone, Treffpunkt und Zeit folgen über den Telegram-Channel

Wahlkampfendspurtwochenende

Infostände, Kneipentour, Flyern, Kreideaktion etc. Infos folgen über den Telegramchannel und den Newsletter

Wahlparty

Am **Sonntag den 09.10** in Saal der Roten Hilfe (Lange Geismar Str. 2)

Ortsmitgliederversammlung des OV Göttingen

Am **24.10 um 19:00 Uhr im Roten Zentrum** (Lange Geismar Str. 2).
Thema: Makroökonomische Perspektive auf die Preissteigerungen

Kommunalpolitischer Arbeitskreis

(Kommunale) Maßnahmen gegen den Hunger?!

am **Mittwoch, 5. Oktober, 19.00 Uhr** im Neuen Rathaus, Raum 1118 (siehe S.10)

Der Markt regelt nichts

Energiekonzerne sollten vergesellschaftet werden.

Die Energiepreise explodieren. Erhöhungen der Abschlagszahlungen für Gas bis zum 10-fachen der bisherigen sind keine Seltenheit. Immer öfter berichten uns Bürger*innen von solchen Sprüngen in den Abschlagszahlungen. Der Parteivorstand hat deshalb auf

seiner Klausurtagung am 10./11. September 2022 in Rathenow umfassende Vorschläge beschlossen, wie die Bevölkerung vor gigantischen Preissteigerungen geschützt werden kann.

(...) *weiter nächste Seite*

KV Göttingen/Osterode

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen
Tel.: 05 51 - 29 14 05 46

kreisverband@die-linke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Jugendverband [;solid]:

goettingen@linksjugend-niedersachsen.de

und auf Instagram unter [linksjugend.goettingen](https://www.instagram.com/linksjugend.goettingen)

Homepage: <https://solid-goettingen.de/>

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Bettina Weigert, Tel. 0175-1948368

rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549

OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz

kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,

37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,

dransfeld@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

E-Mail: Hann.Muenden@die-linke-goettingen.de

Phillip Ammermann, Tel. 0171-1728270

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973

Festnetz: 0551-40137061

eckhardfascher@web.de

AG Antifa

ag-antifa@die-linke-goettingen.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,

Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,

E-Mail: ag-bg@dielinke-goettingen.de

AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0177 8534351

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer

E-Mail: SL-Goettingen@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,

E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Elvira Kalusa,

E-Mail: rlc-goettingen@rls-nds.de

<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Kassel Göttingen eG

IBAN DE08 5209 0000 0047 3038 00

DIE LINKE. Kreisverband Göttingen/Osterode

(...) Fortsetzung von Seite 6

Ein zentrales Element des Beschlusses „Ein Heißer Herbst gegen die soziale Kälte der Regierung: Preise und Profite deckeln. Klima schützen.“ ist die Vergesellschaftung der Energiekonzerne. Weil die Liberalisierung der Energiemärkte gescheitert ist, müsse gehandelt werden. Um die Einkaufspreise und die Preise für die Endverbraucher zu regulieren, brauche es eine grundsätzliche Wende in den Handels- und Eigentumsstrukturen. »Deswegen«, so beschloss es der Parteivorstand: »muss der Markt geregelt werden. Wir wollen Strom- und Wärmenetze in die öffentliche Hand überführen. Große Energiekonzerne wollen wir enteignen und vergesellschaften. Mit Stadtwerken, Energiegenossenschaften und Windkraftanlagen in kommunaler Hand stärken wir das öffentliche Eigentum.«

Unsere Parteivorsitzende Janine Wissler erläuterte den Beschluss: »Energieversorger werden mit viel Geld gerettet, was richtig ist, aber sie werden nicht in

die Verantwortung genommen. Energie ist Daseinsvorsorge, sie gehört nicht in die Hände privater Konzerne, sondern unter demokratische Kontrolle. Statt mit der Gasumlage die Mehrheit der Menschen für die Fehler anderer bezahlen zu lassen, sollten Unternehmen, die ihren gesellschaftlichen Auftrag nicht mehr erfüllen können, in die öffentliche Hand übernommen werden.«

Ein Problem der gegenwärtigen Rettungsmaßnahmen ist, dass Steuergelder faktisch für die Rettung der Gewinne und Dividenden der Aktienbesitzenden verpulvert würden, statt sie nachhaltig für die Übernahme der Konzerne einzusetzen. »Mit einem Netzwerk von öffentlichen Unternehmen, Energiegenossenschaften und Windkraftanlagen in kommunaler Hand können wir für faire und bezahlbare Preise sorgen und die Energiewende vorantreiben. Die Lobby der Energiekonzerne setzen wir vor die Tür. Es muss Schluss damit sein, dass bezahlte Lobbyisten von Wirtschaftsunternehmen an Ge-

setzen mitschreiben.«, ergänzte unser Parteivorsitzender Martin Schirdewan die Gründe für die Notwendigkeit der Vergesellschaftung.

Um die Bevölkerung vor steigenden Energiepreisen zu schützen, beschloss der Parteivorstand noch weitere Forderungen, die konkret die Menschen entlasten, unterstützen und die Preise deckeln. Ein Strom- und Gaspredeckel soll den durchschnittlichen Verbrauch bezahlbar halten. Die Idee: ein bezahlbares gedeckeltes Grundkontingent, oberhalb dessen steigt der Preis. So wird der notwendige Wärme- und Strombedarf bezahlbar gehalten. Wer hingegen ein Pool beheizen oder in einer Villa wohnt, würde mehr bezahlen.

Als eine weitere Maßnahme hat sich der Parteivorstand für die Einführung Inflationsgeldes ausgesprochen. Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen erhalten monatlich 125 Euro plus 50 Euro Inflationsgeld für jedes weitere Haushaltsmitglied (gleich ob mit oder ohne Einkommen). Für eine vierköpfige Familie sind das 275 Euro monatlich.

Von Thomas Lohmeier

► Zusammen gegen Preisexplosion & Gasumlage – Für eine gerechte Politik!

Die Preise für Lebensmittel, Benzin, Gas und Strom sind enorm gestiegen - die Löhne nicht. Immer mehr Menschen können sich immer weniger leisten! Habecks Gasumlage ist die unsozialste Maßnahme einer Bundesregierung seit Einführung von Hartz IV. Auf Ängste, im Winter könnten viele sich das Heizen der Wohnung nicht leisten, antworten Regierungspolitiker*innen mit absurden Ratschlägen: Weniger duschen, lieber den Waschlappen nehmen. Was für ein Hohn! Die Gasumlage der Bundesregierung ist ein Verarmungsprogramm. Die Gaspreise werden weiter steigen. Gleichzeitig haben die Ölkonzerne in den letzten Monaten riesige Übergewinne gemacht. Und jetzt sollen mit der Gasumlage auch noch die Gewinne der Energiekonzerne ab-

gesichert werden. Immer mehr Menschen haben Angst um ihre Existenz – und das seit Jahren, weil neoliberale Regierungen sowie die extreme Rechte auf soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Solidarität pfeifen.

Deshalb sagen wir, es reicht und gehen mit euch auf die Straße!

Wir fordern:

- Weg mit der unsozialen Gasumlage!
- Einführung einer Übergewinnsteuer: Den Konzernen nehmen, um die Mehrheit zu entlasten.
- Direkte finanzielle Unterstützung von Haushalten mit niedrigen und mittleren Einkommen, deutliche Erhöhung von Hartz IV-Sätzen.
- Deckelung der Preise auf Energie und wichtige Lebensmittel.

Miete und Energie: Bezahlbar für alle.

DIE LINKE.

www.100-Prozent-sozial.de

- Verbot von Gas- und Stromsperren und Einführung eines Grundkontingents Gas und Strom für jeden Haushalt.
- 9-Euro-Ticket auf Dauer – hilft allen, um Kosten zu sparen.



DIE LINKE.

im Kreistag Göttingen

▶ Quo vadis, ÖPNV?

Für den ÖPNV wurde das Jahr 2022 zu etwas ganz Besonderem: Der ÖPNV avancierte zum politischen Top-Thema und sowohl die Angebotsqualität als auch die Lichtung des Tarifdschun-gels rückten auf der politischen Agen-da ganz nach oben, anstatt wie bisher in kommunalen Gremien, kaum unter Anteilnahme einer interessierten Öf-fentlichkeit, beraten zu werden.

Im Landkreis Göttingen wie in ganz Süd-niedersachsen kam es aber bereits vor der Einführung des populären 9-Euro-Ti-ckets zu einer großangelegten Tarifreform mit zum Teil deutlichen Preissenkungen. Versprochen hatte der frühere Landrat Reuter bekanntlich vor seiner Wieder-wahl im Jahr 2016, eine Fahrt nach Göt-tingen dürfe von keinem Ort des (vergrö-ßerten) Kreisgebietes mehr als 5 Euro kosten, was nun die Obergrenze für den Preis eines Einzelfahrscheins im gesamt-ten Verkehrsverbund darstellt. Dazu ent-sprechend wurde auch die übrigen Tarife gedeckelt und insgesamt einfacher und günstiger gestaltet.

Soweit, so gut. Nun aber beförderte die Einführung der günstigeren Tarife wie auch des 9-Euro-Tickets weitere Pro-bleme an die Oberfläche: Was nützt ein günstiges Ticket, wenn in vielen Orten im Kreisgebiet von dem Vorhandensein eines ÖPNV nur herzlich wenig zu spüren

ist. Insbesondere dort, wo sich die Bus-anbindung vor allem auf den Schülerver-kehr beschränkt, wissen die Bürgerinnen und Bürger mit preiswerten Tickets kaum etwas Vernünftiges anzufangen.

Weiteres Problem: Durch die stark ange-stiegenen Energiepreise gerieten die be-auftragten Busunternehmen in eine nicht vorhergesehene Kostenfalle. Teilweise kam es bei einzelnen Verbindungen be-reits zu Angebotseinschränkungen; und das in einem Gebiet, in dem die Ausdün-nung von Verkehrsleistungen ohnehin Standard ist.

Auch wird es immer schwieriger den Standard in der Schülerbeförderung auf-recht zu erhalten, hier häufen sich die Beschwerden der Eltern. Viele fahren lie-ber ihre Kinder selbst zur Schule, was im Sinne einer Verkehrswende völlig kon-traproduktiv ist und wiederum zu Ver-kehrsproblemen im Bereich der Schu-len führt.

Für DIE LINKE ist klar: der ÖPNV muss günstiger und möglichst bald ticketfrei angeboten werden; und zwar bei einem verbesserten Angebot, das die Bevöl-kerung in der Fläche nicht stehen blei-ben lässt. Das 9-Euro-Ticket hat gezeigt: Werden die Fahrpreise gesenkt, nutzen die Menschen ökologisch saubere Ver-kehrsmittel in viel stärkerem Maße. Unse-re kommunalen Fraktionen werden im Sinne unserer Kampagne:

www.goettingen-zum-nulltarif.de

dafür sorgen, dass der ÖPNV auf der Agenda ganz oben bleibt und nach der Tarifreform als erstem Schritt noch viel umfas-sendere Verbesserungen folgen werden.

Ein attraktiverer ÖPNV kostet mehr Geld. Dazu fordert unsere Partei ein Fünf-Jahres-Programm für einen flächendeckenden Ausbau und nach diesen Zeitraum den bundeswei-ten ÖPNV-Nulltarif. Dazu

Kontakt

DIE LINKE.

im Kreistag Göttingen

Kreishaus, Zimmer 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen

Fraktionsmitarbeiter:

Dietmar Reitemeyer
Tel. 0551/525 - 2108

dielinke@landkreisgoettingen.de
www.dielinke-goettingen.de

Sprechzeiten: Montag 10 bis 12 Uhr
+ Donnerstag 14 bis 15.30 Uhr



werden allerdings 12 Mrd. Euro jährlich benötigt. Das Geld, was bisher für die Steuerbegünstigung von Dienstwagen oder den Flugverkehr muss in den ÖPNV umgeleitet werden. Es geht um das Klima und unsere Zukunft und da muss sich das Mobilitätsverhalten grundsätzlich ändern. **www.die-linke.de/themen/mobilitaet/konzept-fuer-kostenfreien-oePNV/**

Bereits jetzt zeigt sich immer stärker die Notwendigkeit, den jenseits der Göttinger Stadtgrenzen privatisierten ÖPNV endlich wieder öffentlich zu machen, also wieder in die eigenen Hände zu nehmen, zumal es sich für private Anbieter immer weniger rechnet und bei neuen Ausschreibungen eine immer geringere Resonanz bei den Busunternehmen zu erwarten ist.

Eine SPD/Grüne-Resolution für den nächsten Kreistag bittet die Bundespolitik um eine Erhöhung der Regionalisierungsmittel, um die erhöhten Kosten aufzufangen und das bisherige (dünne) Angebot überhaupt aufrecht erhalten zu können. Es ist natürlich richtig mehr Mittel für den ÖPNV zu fordern, insofern stimmen wir zu. Aber wenn wirklich etwas geändert werden soll, braucht es auch eine massive Umschichtung finanzieller Mittel vom Individual- zum Öffentlichen Verkehr und grundlegende strukturelle Veränderungen im Bereich Mobilität. Davon ist bisher nichts bei der Ampel-Koalition zu bemerken. *dire/ef*



Rotes Zentrum e.V.

im Lieschen-Vogel-Haus · Lange-Geismar-Straße 2 · 37073 Göttingen

Mail: rotes-zentrum-goettingen@posteo.de

Unser Spendenkonto und das aktuelle Veranstaltungsprogramm senden wir auf Anfrage gerne zu



► Rotes Zentrum in Göttingen

Das Rote Zentrum in Göttingen – das sind Büroräume von Parteien, Abgeordneten und außerparlamentarischen Initiativen. Das Rote Zentrum in Göttingen – das ist ein Bündnisprojekt: Kommunist*innen, Sozialist*innen und Anarchist*innen unterschiedlicher Strömungen teilen sich Räume, arbeiten zusammen und begegnen sich. Das Rote Zentrum in Göttingen – das sind öffentliche Räume für Sitzungen, Plena, Veranstaltungen und Kulturevents. Hier wird debattiert, gestritten, angestoßen, gelacht und getanzt. Seit dem Jahr 2011 befindet sich dieser Ort im Lieschen-Vogel-Haus in der Lange-Geismar-Straße 2 in Göttingen. Und das in guter Nachbarschaft: Tür an Tür mit der Bundesgeschäftsstelle der Roten Hilfe e.V., deren großer Veranstaltungssaal unser Rotes Foyer ergänzt.

Diese komfortable und solide Konstellation ist seit Jahrzehnten gewachsen. Nach der Bertheastraße und der Geismar Landstraße gelang 2011 der große Sprung nach vorn mit dem Einzug in das gegenwärtige Haus. Im Rahmen eines Projektes zur lokalen Arbeiter*innen-Geschichte und Historie des antifaschistischen Widerstandes benannten im Jahr 2012 Haus-Bewohner*innen und Zentrums-Nutzer*innen „ihr Haus“ nach der Kommunistin und Antifaschistin Elisabeth „Lieschen“ Vogel, die von 1923 bis 1941 in Göttingen gelebt und gewirkt hat.

Die gemeinsame Geschichte des Roten Zentrums war von Auf und Ab geprägt, in denen sich Wahlergebnisse, Mandatsgewinne und -Verluste, politische Konjunkturen und äußere Rahmenbedingungen widerspiegelten. Um aus den wiederkehrenden destruktiven Phasen zu lernen, gründeten im September 2018 ein Kern von langjährigen Zentrumsbetreiber*innen und -Nutzer*innen den Verein „Rotes Zentrum Göttingen e.V.“. Dieser koordiniert und verwaltet seither die zahlreichen organisatorische Aufgaben, die sich aus dem Betrieb eines Zentrums ergeben. Ein Kreis von Fördermitglieder finanziert die Gemeinschaftsflächen und

gewährt dem Roten Zentrum Stabilität und Handlungsmöglichkeiten. Vor allem aber bemüht sich der Verein „Rotes Zentrum Göttingen e.V.“ aber auch darum, das Rote Zentrum als einen Kommunikations-, Begegnungs- und Bildungsort zu gestalten. Seit dem Herbst 2018 stellt der Verein ein Veranstaltungsprogramm zusammen, in dem die unterschiedlichen Nutzer*innen-Gruppen ihre Besonderheiten und Schwerpunkte den Zentrums-Nachbar*innen sowie einem interessierten Umfeld zur Diskussion und Anteilnahme darbieten.

Das Grünkohlessen mit Karl und Rosa, Forschungen zur Stadtteilgeschichte, Erzählungen zu den Hausdurchsuchungen nach dem G20-Gipfel, Vorträge zur Kommunistin Minna Faßhauer oder zum Lagerwiderstand im KZ-Buchenwald, Diskussionsrunden zur Analyse des Faschismus und aktuellen Bedrohung durch Neonazis und Rechtspopulisten, ein Liederabend mit Kai Degenhardt und so weiter. Die monatlichen Veranstaltungen werden als Halbjahreskalender in einem eigenen Falblatt bekannt gegeben. In den monatlichen Göttinger Blättern gestaltet das Rote Zentrum zudem eine Seite.

Gegenwärtig stellt sich dem Roten Zentrum die Aufgabe, einen Ort der Begegnung unter den andauernden Bedingungen der Corona-Pandemie zu gewährleisten. Wie soll Gemeinschaft bei zugleich gefordertem „social distancing“ verantwortungsvoll gestaltet werden? Wechselnde Verordnungslagen müssen studiert und beachtet, technische Hilfsmittel wie Raumlufffilter oder Handdesinfektionsmittel angeschafft, Mieten fortgezahlt, politische Kontroversen zum gesellschaftlichen Geschehen ausgehalten werden.

Für die weitere Zukunft stellt sich die Eigentumsfrage. Die Kontinuität und der Bedarf eines Roten Zentrums in Göttingen legen es nahe, die genutzten Räume nicht nur zu mieten, sondern das Eigentum zu erwerben. Auch politisch wäre das der richtige Weg: die Häuser in die Hän-



de derjenigen, die sie nutzen. Bereits im April 2019 stellten Bewohner*innen des Lieschen-Vogel-Hauses das Modell des Mietshäusersyndikats vor. Das Mietshäusersyndikat ist ein bundesweiter Zusammenschluss von über 120 Hausprojekten. Gemeinsames Ziel ist es, den Bewohner*innen und Nutzer*innen von Häusern die Gestaltungsmacht zu übertragen und Immobilien dauerhaft dem Spekulationsmarkt zu entziehen. In Göttingen sind die Hausprojekte Obere-Masch-Straße 10 (OM10) sowie das „Grüne Haus anner Ecke“ in der Wiesenstraße 28 nach diesem Modell organisiert. Die gegenwärtigen Rahmenbedingungen für einen Hauskauf in der Lange-Geismar-Straße 2 sind schlecht. Die Formulierung von gemeinsamen Zielen, in denen sich ein konkreter Nutzen wie auch eine gesellschaftliche Utopie erkennen lässt, bleibt für eine Gemeinschaft wie das Rote Zentrum umso wichtiger.

Das Rote Zentrum ist auf Genoss*innen angewiesen, die durch eine regelmäßige Fördermitgliedschaft ihre Unterstützung realisieren. Auch einmalige Spenden sind willkommen!

Rotes Zentrum Göttingen e.V.
 IBAN: DE68 5209 0000 0000 2292 02
 BIC: GENODE51KS1
 Volksband Kassel Göttingen eG



Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

 Spendenkonto:
 IBAN: DE75 5209 0000 0041 1265 07

► Gewalt gegen Frauen geht alle an!

Im Wahlprogramm der Göttinger Linken steht, dass Geschlechtergerechtigkeit alle angeht. Dies gilt im Besonderen auch für die (sexualisierte) Gewalt an Frauen, die in allen gesellschaftlichen Milieus in erster Linie in der Partnerschaft und Familie passiert. Es ist ein weitverbreitetes Phänomen, mit dem sich der Kommunalpolitische Arbeitskreis am 07. September intensiv beschäftigt hat.

Im Rahmen unserer Kommunalpolitik hatten wir lokale Expertinnen eingeladen, um zu erfahren, wie es um die Schutz-, Beratungs- und Präventionsmöglichkeiten in Stadt und Landkreis bestellt ist. Gekommen waren Stine Heintze und Susanne Hoffmann vom Frauenhaus, Ulle Brockhaus vom Frauennotruf sowie Mirja Ramola von der Koordinierungsstelle zur Umsetzung der sog. Istanbul-Konvention des Landkreis Göttingen, denen an dieser Stelle noch einmal herzlich gedankt sei.

Die Istanbul-Konvention (Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt) wurde von Deutschland bereits seit 2017 ratifiziert und ist damit gleichbedeutend mit einem Bundesgesetz. Die Unterzeichnerstaaten sind zu umfassenden Maßnahmen in den Bereichen Gewaltprävention, Gewaltschutz und Strafverfolgung verpflichtet.

Es gibt allerdings in Deutschland bisher nur in 3 Bundesländern entsprechende Stellen, die die Umsetzung koordinieren; in Nds. lediglich noch in Oldenburg!

In Göttingen ist es gelungen, eine dieser seltenen Stellen einzurichten: Je eine halbe Stelle für Stadt und Landkreis.

Viel zu wenig, wie Mirja Ramola betont, für all die vielfältigen Aufgaben und Themen, um die sie sich sollen.

Zur Info: Das Gewaltschutzgesetz besagt u.a., dass der gewalttätige Partner der Wohnung verwiesen werden kann: „Wer schlägt, muss gehen.“

Klingt gut, eigentlich sollte das selbstverständlich sein, aber nicht in allen Fällen können gewaltbetroffene Frauen dies durchsetzen, sondern müssen – ggf. mit ihren Kindern - Schutz im Frauenhaus finden.

Das Autonome Göttinger Frauenhaus hat Platz für 10 Frauen und ihre Kinder und ist rund um die Uhr erreichbar. Die

Verweildauer beträgt max. 16 Wochen. Aber wo auf dem total überbelegten Göttinger Wohnungsmarkt finden alleinerziehende Frauen, zu 75% mit Migrationshintergrund und zumeist ohne eigenes Einkommen, bezahlbare Wohnungen?

Daher ist eine dringende Kommunalpolitische Forderung: Die Verweildauer ist ohne bürokratischen und zusätzlich belastenden Aufwand zu verlängern, wenn keine Wohnung zu finden ist.

Ein weiteres Anliegen wurde vorgebracht: Die Beratung für aus dem Frauenhaus ausgezogene Frauen wurde bisher aus Mitteln der „Aktion Mensch“ finanziert. Diese fallen weg, daher braucht es kommunale Gelder, um die wichtige Nachsorgearbeit zu leisten.

Gerade im Hinblick auf die anstehenden Haushaltsberatungen sollten wir die Forderung nach einer weiteren Personalstelle für das Frauenhaus aufgreifen.

Auch Ulle Brockhaus vom Frauennotruf musste leider die Zunahme der Fälle von Gewalt in Partnerschaft und Familie bestätigen. Auch hier sind die Kolleginnen stark überlastet. So kommt es dazu, dass Ratsuchende 3 bis 4 Wochen auf einen Termin warten müssen. Dies ist nicht hinnehmbar, denn in einer Gewaltsituation hat z.B. die Betroffene nur 10 Tage Zeit, um die Verlängerung der Wegweisung des Partners zu beantragen.

Die anderen vielfältigen Aufgaben des Frauennotrufs wie Fortbildung und Teilnahme an zahlreichen Arbeitskreisen und dem Angebot Phönix für Kinder leiden ebenso unter dem Personalmangel.

Die Erfahrung zeigt, dass anhaltender politischer Druck manchmal „Wunder“ bewirken kann. Diesen Druck muss die Göttinger Linke unbedingt ausüben. Denn Gewalt an Frauen ist kein individuelles Problem, sondern Folge von gesellschaftlichen, Frauen diskriminierenden, ja sogar bedrohenden Strukturen. Und Gleichstellungspolitik ist mitnichten nur

Kontakte:

**Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke**

 Rotes Zentrum,
 Lange Geismarstraße 2
 37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
SprecherInnenkreis:

 Dr. Eckhard Fascher, Sabine Klohn
 Bärbel Safieh, Dr. Christian Schüller,
 Christa Siebecke

Schatzmeister:

Gunnar Siebecke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de
Gruppe Grone:
grone@goettinger-linke.de
Gruppe Gleichen:
gleichen@goettinger-linke.de
Fraktion Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen

 Neues Rathaus, Zi. 1126 (11. Stock)
 Hiroshimaplatz 1-4
 37083 Göttingen
 Telefon 0551 - 400 2347

goelinke-ratsfraktion@goettingen.de
Fraktionsmitarbeiter:

Oliver Preuß

Öffnungszeiten des Büros:

Di: 10:00 - 12:00 Uhr

Mi: 13:00 - 16:30 Uhr

Do: 10:00 - 12:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mi: 17:00 - 18:00 Uhr öffentlich

Mandatsträger*innen:

 Nornia Marcienkiwicz
 Jost Lessmann
 Edgar Schu (Fraktionsvorsitzender)
 Torsten Wucherpfennig
 Mtlg. des Jugendhilfeausschusses:
 Christa Siebecke

Kommunalpolitischer Arbeitskreis –

Mittwoch 05. Oktober, 19.00 Uhr

im Neues Rathaus, Raum 1118

**(Kommunale) Maßnahmen
gegen den Hunger?!**

Immer mehr Menschen verarmen, die steigenden Lebenshaltungskosten machen auch Menschen mit mittleren Einkommen zu schaffen, immer mehr ärmere Menschen können sich nicht mal mehr genügend zu essen leisten. Wie könnte aber eine armutsfreie Gesellschaft und Maßnahmen dafür, vor allem auch auf kommunaler Ebene, aussehen?

Wir wollen die Diskussion vom 6. Juli fortsetzen, bei der wir Maßnahmen wie Mensen für Alle, die Stärkung des privaten Gartenbaus sowie die Stärkung der öffentlichen Tafeln erörtert haben (vgl. *Septemerausgabe GöBlä*, S.10).

Sache der Genossinnen, sondern gerade die Genossen sind aufgefordert, ihre Verantwortung dafür zu übernehmen.

Kommunen nicht mit Nebenkosten für Bombenentschärfungen alleine lassen (Antrag auf Initiative der Göttinger Linken)

Der Rat möge beschließen:

Der Rat der Stadt Göttingen fordert die Verwaltung auf, sich bei der Landesregierung für die Einrichtung eines niedersachsenweiten Sondertopfes für sogenannte Vor- und Nebenarbeiten bei Bombenentschärfungen einzusetzen.

Begründung:

Der Rat sollte den Vorstoß des 1. Stadtrats Schmetz, bei der Landesregierung wegen finanzieller Unterstützung für die hohen Nebenkosten bei Bombenräumungen vorzufühlen, unterstützen und die Einrichtung eines Sondertopfes fordern. Eine Summe in der Größenordnung von 700.000 EUR sprengt sämtliche Ansätze im Haushaltsplan, die für solche Zwecke eingeplant sein könnten. Gerade beim kommenden Doppelhaushalt 23/24 müsste die Stadt wohl auf Verdacht über eine Million Euro zurücklegen, was nicht zumutbar ist, da der Bedarf und seine Variabilität nach oben und unten sich kaum als fester Haushaltsposten planen lässt und diese Mittel bei anderen, wichtigen Zwecken wie Kultur, Bildung oder Soziales fehlen würden. Andere Städte wie z.B. Osnabrück, die ebenfalls kürzlich großen Aufwand für eine Bombenräumung betreiben mussten, zeigen, dass Göttingen mit dem Problem wahrlich nicht allein dasteht, so dass die Einrichtung eines landesweiten Sammeltopfes durch die Landesregierung die richtige Reaktion auf das in jedem Einzelfall im Voraus nicht planbare, sondern nahezu unvorhersagbar gestreute, finanzielle Risiko ist.

[Einstimmig beschlossen]

Keine LEG-Werbung auf städtischen Flächen

Der Rat möge beschließen:

Der Rat der Stadt Göttingen bittet die Geschäftsführung der Göttinger Verkehrsbetriebe GmbH, zu erwirken, dass bis auf Weiteres keine Werbeplätze mehr auf Bussen und, soweit es im Einflussbereich der GöVB liegt, auch keine Werbeplätze als Teil von Bushaltestellen der GöVB mehr für Werbung für die Wohnungsgesellschaft LEG Immobilien SE vergeben werden. Für den Fall, dass die GöVB für Bushaltestellen nicht zuständig ist, wird die entsprechende zuständige Stelle/Beteiligung der Stadt gebeten, in entsprechender Weise zu agieren.

Begründung:

Nach den äußerst schlechten Erfahrungen des Stadtrats mit dem Verhalten der Adler Group in Göttingen gegenüber ihren Mieter*innen, hat die LEG Immobilien SE (LEG) die entsprechenden Wohnungen in Grone Süd und Grone Nord von der Adler Group samt der anstehenden und schon begonnenen Modernisierungen übernommen.

Nach Problemen bei der Durchführung der im September 2021 begonnenen Modernisierungen im Süntelweg, die bis in den Januar mit massivem Schimmelbefall, Feuchtigkeit und Dreck für Berichte in Fernsehen, Rundfunk, Zeitungen und sozialen Medien sorgten, empfing der Stadtrat eine Delegation der LEG, welche im öffentlichen Teil der Sitzung des Sozialausschusses am 15.3.22 und besonders ausführlich im Bauausschuss am 24.3.22 über ihre Projekte informierte und auf Fragen antwortete. In diesen Sitzungen versprachen die Vertreter*innen der LEG äußerst rücksichtsvollen Umgang mit den Mieter*innen für die Zukunft (siehe ausführlicher Protokollauszug der Sitzung vom 24.3.22 im Ratsinformationssystem), so dass sämtliche Ausschussmitglieder einen ausgesprochen positiven Eindruck aus dieser Sitzung mitnahmen. Nur kurze Zeit später wurde jedoch ein Verhalten der LEG gegenüber ihren Mieter*innen bekannt, das an Rücksichtslosigkeit alle Beobachter*innen überraschte. Das Göttinger Tageblatt berichtete am 1.6.22 unter dem Titel „Wer kann, zieht weg“ ganzseitig darüber. Es ist unbenommen, dass eine Änderung des Verhaltens der LEG wahrscheinlich nur durch Mieter*innen selber in jedem Einzelfall vor Gericht erwirkt werden und die Stadt keinen direkten Einfluss darauf nehmen kann. Jedoch hat der Stadtrat die Freiheit zu beeinflussen, dass sich die LEG nicht auch noch entgegen dem Eindruck einer Vielzahl von Rats-Mitgliedern und besonders den betroffenen Mieter*innen auf den Werbeflächen der Beteiligungen der Stadt Göttingen als vorbildliche und mieter*innenfreundliche Wohnungsgesellschaft präsentieren kann. Die GöVB wickelt die Bestückung ihrer Werbeflächen über den Kooperationspartner „Ströer Deutsche Städte-Medien GmbH“ ab. Dieser Antrag soll die Geschäftsführung der GöVB bitten, zu erwirken, dass Werbeflächen der GöVB für die LEG bis auf Weiteres nicht mehr zur Verfügung stehen.

Erich Kästner formulierte 1930: „Was immer auch geschieht: Nie sollt Ihr so tief sinken, von dem Kakao, durch den man Euch zieht, auch noch zu trinken!“

[Leider gegen unsere Stimmen mehrheitlich abgelehnt. Wichtigstes Argument: die Stadt sei nicht zuständig.]

Kontaktdaten

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 1126 (11. Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 0551 - 400 2347

goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:
Oliver Preuß

Öffnungszeiten des Büros:

Di: 10:00 - 12:00 Uhr

Mi: 13:00 - 16:30 Uhr

Do: 10:00 - 12:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mi: 17:00 - 18:00 Uhr öffentlich

(...) Fortsetzung „Landrat Riethig: „Wir befinden uns im Krieg.“ von Seite 1

kalten Wohnungen und geschlossenen Bädern bleiben.

Die politische Melodie, die uns vorgespielt werden wird, hat in derselben Ausgabe des GT Herr Marc Bambej in seinem Kommentar zur Teilschließung der Eiswiese intoniert: „Wenn die Eiswiese demnächst ihre Saunalandschaft und den Badespaßbereich schließt, verzichten wir eine Zeit lang auf einen Stück lieb gewonnenen Luxus –mehr nicht.“ Es folgt die Beruhigung, Schwimmkurse für Kinder sollten weiterhin stattfinden. Das ist verlogen. Denn wer den „Badespaßbereich“ schließt, weiß, dass Kinder, die künftig nur noch bibbernd am Rand der kalten Lehrschwimmbecken stehen, um auf den Wink des Schwimmlehrers zu

warten, ohne wenigstens anschließend ordentlich im Wasser rumtoben zu können, nicht oder viel später schwimmen lernen werden. Da aber der DLRG recht hat mit seinem Hinweis, Schwimmen zu lernen sei „vorbeugende Lebensrettung“, geht es hier nicht um „liebgewordenen Luxus“, sondern um Leben und Tod für die Jüngsten, deren Wohlergehen genauso oft tränenreich beschworen wie schon in der Pandemiezeit kalt ignoriert wurde.

Was tun? Die Handwerker von Dessau-Rosslau aus unserem Nachbarland Sachsen-Anhalt haben es vorgemacht. Sie haben einen „offenen Brief“ verfasst, in dem sie ein Ende des von Deutschland erklärten Wirtschaftskrieges gegen Russland fordern: „Wollen Sie tausenden

von Haushalten und Betrieben das Gas abstellen, wenn diese unter der Last der Kosten zusammenbrechen? Wollen sie Millionen mit Mahnbescheiden traktieren?“. Die Handwerker weisen auf den Wahnsinn hin, dass „andererseits mit Nord Stream 2 eine fertige Gaspipeline in der Ostsee liegt, die aus ideologischen Gründen nicht genutzt wird.“ und fordern ihre Öffnung. Dem Aufruf, für diese Forderung auf die Straße zu gehen, folgten über 2000 Menschen. (Petition unter: <https://kurzelinks.de/n5kj>)

Auch hier in Göttingen beginnt das Aufbäumen gegen den schrecklichen Satz „Wir befinden uns im Krieg.“ Noch ist es Zeit, den Kriegskurs zu verlassen. (ms)

▶ Montagsdemo am 12. September:

Zur ersten Montagsdemo gegen die Belastungen der arbeitenden Menschen, zu der die Partei Die Linke geladen hatte, kamen gleich rd. 100 Menschen.

Die Partei Die Linke will „Über“-Gewinne besteuern, der Jugendverband solid meint – zu Recht – dass Enteignung immer geht und die DKP forderte das Ende des Wirtschaftskrieges, der nach innen mit der Inflation und nach außen mit Sanktionen geführt wird. (s. *nebenstehendes Bild*)

Dr. Thomas Goes, der den russischen Überfall auf die Ukraine scharf verurteilte, stellte jedoch die Folgen für die Menschen in unserem Land deutlich dar und forderte genau so scharf die Enteignung der Energiekonzerne, da deren Tätigkeit zur Grundversorgung der Bürger*innen gehören.

Gewerkschafter*innen aus dem ver.di-Bereich machten beeindruckend auf die konkreten Folgen des Rüstungskurses der Bundesregierung auf Beschäftigte, Auszubildende und Student*innen aufmerksam, da die immensen Rüstungsausgaben an allen Ecken fehlen.

Die zweite Montagsdemo am 19.9. fand leider nach dem Redaktionsschluss dieser Ausgabe statt.

(gs)



Veranstaltungen im Oktober:

18. September bis zum 13. November 2022:

Wanderausstellung „Die Opfer des NSU und die Aufarbeitung der Verbrechen“

Ort: In den Räumlichkeiten der Ausstellung „Auf der Spur europäischer Zwangsarbeit. Südniedersachsen 1939-1945“

(Godehardstraße 11, Göttingen - mit separatem Eingang im Gebäude der Berufsbildenden Schulen II - BBS II)

Freitag, 07. Oktober um 19.00 Uhr:

Vorstellung des Buches: „...die Hölle, Ungeziefer, Dieberei, Schlägereien - Das Durchgangslager für alliierte Kriegsgefangene in Duderstadt 1945 – Dokumentation über die Märsche aus Polen und das Lager Duderstadt“ Ort: Saal der Roten Hilfe, Lange Geismar Str. 3

Mittwoch, 12. Oktober um 19.00 Uhr:

Das Göttinger Friedensforum trifft sich, um aktuelle Fragen zu diskutieren

Ort: Naturfreundhaus Kleiner Hagen, Naturfreundweg 1

Freitag, 14. Oktober um 18.30 Uhr

Winterkino in Grone: „Kein Auskommen mit dem Einkommen!“ von 1957

Ort: Jona-Gemeinde, Deisterstraße, direkt an der Bushaltestelle